

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Ersteinst wöchentlich.  
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M. Markt.  
Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Infektionspreis  
Geschäftsanzeigen: die sechsgepaarte Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.  
Gratifikationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

## Die Einzeichnungslisten zum Volksbegehren über die Fürstenenteignung

liegen vom 4. bis 17. März aus.

Bersäume niemand die Eintragung seines Namens in die Liste. Veranlaßt alle Wähler zur Eintragung. Jeder Wähler ist zur Eintragung berechtigt.

Der § 76 der Stimmordnung besagt:

„Unverzüglich nach Eingang der Vordrucke hat die Gemeindebehörde in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, an welchem Tage und zu welcher Tagesstunde die Unterschriften in die Listen eingetragen werden können.“

Die Bekanntmachung unterbleibt, wenn die Einzeichnungslisten so spät eingehen, daß nach den örtlichen Verhältnissen von der öffentlichen Bekanntmachung kein Erfolg mehr zu erwarten ist.“

Die Eintragungstage und Eintragungstunden sind so zu legen, daß alle Eintragungsberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit haben, innerhalb der Eintragungsfrist sich in die Liste einzutragen. Dabei sind die beruflichen Verhältnisse der Einwohnerschaft tunlichst zu berücksichtigen. Fallen in die Eintragungsfrist Sonn- oder öffentliche Ruhetage,

so soll auch an diesen Tagen Gelegenheit zur Eintragung gegeben werden. Die Gemeinden haben also in üblicher Weise, d. h. durch die zugelassenen Zeitungen, die üblichen Bekanntmachungen zu erlassen oder durch Plakatausgang und Ausschellen den Termin bekanntzugeben, von welchem Tage an die Einzeichnungslisten und an welchen Stellen dieselben ausliegen.

So wie bei der Reichstagswahl kann ein Stimmberechtigter, wenn er während der Auslegungsfrist nicht in seinem Wohnort anwesend ist, sich vor der Abreise einen

### Eintragungsschein

ausstellen lassen und an irgendeinen beliebigen Ort in Deutschland mit diesem Eintragungsschein in die Einzeichnungsliste einzeichnen.

## Konzentration in der Mühlenindustrie.

### I. Art der Zusammenschlußbewegung.

In der deutschen Mühlenindustrie ist seit Wochen eine starke Zusammenschlußbewegung festzustellen. Von dieser Konzentration scheint vor allem und fürs erste der Berlin-Brandenburgische Wirtschaftsbezirk erfaßt werden zu sollen. Die Neigung zur Gemeinschaftsarbeit zwischen den einzelnen Mühlenbetrieben hat sich verhältnismäßig im Mühlenzweige später eingestellt als in anderen Industrien; selbst die wirtschaftsorganisatorische Gliederung in der Spitze eines Ausschusses der Reichsmüllerverbände, Berlin, erfolgte erst während des Krieges und unter Einfluß der kriegswirtschaftlichen Regelung. Der genannte Ausschuss wurde im Jahre 1918 als Kriegsausschuss der deutschen Müllerei aufgetan. 1919 nahm er dann den jetzigen Namen an und stellt eine Vereinigung der drei Reichsmüllerverbände zur einheitlichen Erledigung gemeinsamer Fragen dar. Ihm gehören an der Verband Deutscher Müller, Berlin, der Deutsche Müllerbund, Leipzig, und der Verein Deutscher Handelsmüller, Charlottenburg. Während die Vereinigung in der Spitze als ziemlich lose zu bezeichnen ist, verfügt das Unternehmertum über relativ starke Landes- und Bezirksverbände, unter anderem sind zu nennen der Arbeitgeberverband der Mühlenindustrie für den Regierungsbezirk Magdeburg, der Arbeitgeberverband der bayerischen Mühlen in München, der Verband der Hasermühlen und Nährmittelwerke Bayerns, München, und die Süddeutsche Mühlenvereinigung G. m. b. H. in Mannheim.

Ein Zusammenschluß der einzelnen Mühlenbetriebe im größeren Ausmaß vollzog sich erst unter Einfluß der Marktinflation im rheinischen Wirtschaftsbezirk. Die Bewegung ging von dem verstorbenen Getreideimporteur Hugo Meyer, Düsseldorf, aus, der längere Zeit mit der Leitung der Reichsgetreidestelle betraut war. Unter seinem Einfluß entstand die sogenannte Getreidekommissions-Aktiengesellschaft. Anfänglich war diese Aktiengesellschaft mehr eine Händlervereinigung, die aber dann über den Weg des Aktienverkehrs bei einzelnen Mühlen eine recht ansehnliche Anzahl von Betrieben unter ihre Kontrolle brachte und die Aktienmajorität verschiedener Werke erwarb. In Frage kommen unter anderen die Rheinmühlen-A. G. Düsseldorf, die Krefelder Mühlenwerke, die Firma Syberberg in Köln-Mülheim. Die Getreidekommissions-A. G., Düsseldorf verstand es sogar, ihren Einfluß über die Grenzen des rheinischen Wirtschaftsgebietes bis nach dem nördlichen Westfalen und bis an die Weser hin auszudehnen; so gehörten zu dem Düsseldorfer Konzern die Firma Riefkamp in Münster und die Weserwerke in Hameln. Neuerdings scheint aber eine tiefgehende Lockerung und Abbröckelung des Konzerns eingetreten zu sein. So ist es z. B. der Rheinmühlen-A. G. Düsseldorf gelungen, sich der Kontrolle der Düsseldorfer Getreidekommissions-A. G. zu entziehen. Die Aktienmajorität ist vor kurzem wieder auf die alten Besitzer übergegangen. Neben der Düsseldorfer Getreidekommissions-A. G. entwickelte die Berliner Firma Kampffmeyer einen Konzern, der sich mit einem Flügel auf Berliner Mühlen, die Schüttmühle und die Potsdamer Dampfmühle, und mit dem anderen Flügel zum Beispiel auf Mühlen des Mannheimer Wirtschaftsgebietes, unter anderem auf die Rheinmühlenwerke A. G. stützte. Ob man die gegenwärtig im Berliner Wirtschaftsgebiet zu beobachtende Konzentrationsbewegung als Interessengemeinschaft auf Grund von Aktienaustausch usw. bezeichnen können wird, muß abgewartet werden. Vorkäufig scheint es sich um eine gemeinsame Verteilung, um eine sogenannte Poolung der

Gewinne zu handeln, die selbstverständlich auf die Arbeitsverteilung größten Einfluß haben wird, wie denn auch der berühmte Kampf um die Quote, der Streit darum, inwieweit die einzelnen, von dem Zusammenschluß erfaßten Betriebe durch den gemeinsamen Auftragsbestand beschäftigt werden sollen, das einzige Hindernis zu sein scheint, das der zu vollziehenden Konzentration im Wege steht. Für den Zusammenschluß kommen die Berliner Viktoriamühle, die Berliner Humboldtmühle, die Weizenmühle Karl Salomon u. Co. und die Berliner Dampfmühlen-Aktiengesellschaft in Frage. Da die Berliner Viktoriamühle bereits durch Aktienbesitz an der Berliner Humboldtmühle und der Weizenmühle Karl Salomon u. Co. beteiligt ist, wird es sich also im Grunde darum handeln, die Berliner Dampfmühlen-Aktiengesellschaft in den bereits lose bestehenden Konzern einzubeziehen und späterhin die Verbindungen fester zu knüpfen. Der Konzern selbst wird wiederum unter Einfluß einer Dachgesellschaft, des sogenannten Blumensteinkonzerns, stehen, der unter dem Namen Blumensteingruppe allgemein bekannt ist. Von der Blumensteingruppe wiederum ergeben sich Verbindungen über die Viktoriamühle nach der Großmühlengruppe Baumann-frères in Straßburg. Man nimmt an, daß die in dem neuen Konzern vereinigten Mühlen ungefähr 60 bis 65 Proz. der gesamten Leistungsfähigkeit im Berliner Wirtschaftsgebiet repräsentieren. Den Umfang der Konzentration mag folgende Zusammenstellung veranschaulichen:

### Blumensteingruppe.

	Aktienkapital (Stand gegen Ende Februar 1926.)	Produktionskapazität
Humboldtmühle . . .	2 000 000 Mk.	2000 Sack pro Tag
Viktoriamühle . . .	3 000 000 "	2000 " " "
Weizenm. Salomon 1 600 000 "	3600 " " "	
Berl. Dampfmühlen 2 800 000 "	1800 " " "	

Insgesamt: 9 400 000 Mk. 9400 Sack pro Tag

Wie unsere Zahlen zeigen, wird der neue Konzern im Berliner Wirtschaftsgebiet das stärkste Gebilde werden. Ihm gegenüber steht die sogenannte

### Kampffmeyergruppe.

	Aktienkapital (Stand gegen Ende Februar 1926.)	Produktionskapazität
Schüttmühle . . .	3 000 000 Mk.	2800 Sack pro Tag
Potsd. Dampfmühle 400 000 "	1500 " " "	

Insgesamt: 3 400 000 Mk. 4300 Sack pro Tag

Bei einer Vergleichung des Kräfteverhältnisses zwischen der Blumensteingruppe und der Kampffmeyergruppe ist aber die Tatsache zu berücksichtigen, daß z. B. die Schüttmühle ihre Leistungsfähigkeit in der letzten Zeit voll ausnützen konnte, was von den Mühlen der Blumensteingruppe nicht behauptet werden kann. Vielleicht ist es auch die Tatsache, daß die Berliner Mühlen in den letzten Jahren zum größten Teil nicht voll beschäftigt werden konnten, eine der Ursachen, die zur Konzentration treibt. Das Berliner Wirtschaftsgebiet nimmt nämlich, obwohl seine Mühlen ihre Produktionskapazität nicht ausnützen, große Mengen Mehl aus anderen Wirtschaftsbezirken herein. Immerhin ist es möglich, durch größere Konzentration eine Art Rationalisierungsarbeit zu leisten, als deren Endergebnis die volle Ausnützung der am leistungsfähigsten Mühlen zu bezeichnen wäre. Für die Möglichkeit spricht die Tatsache, daß z. B. die Kampffmeyergruppe seit langer Zeit festen Fuß in den Hauptgetreidegebieten Deutschlands gefaßt hat. Sie verfügt

u. a. im wichtigen Mannheimer Gebiet über die Rheinmühlenwerke A. G., in Schlesien über die Jähndorfer Mühle bei Ohlau, in Pommern über die Jarmener Kunstmühle und in Mitteldeutschland über die bekannte Rolandmühle. Dazu tritt der sich in Deutschland mit der Stabilisierung wieder schärfer ausprägende Umstand der Beteiligung der Großbanken an den einzelnen Großmühlen. So hat die Deutsche Bank bekanntlich Einfluß auf die Königsberger Walzmühle, auf die A. Prang, Dampf- und Wassermühlenwerke A. G. in Gumbinnen und auf die Braunschweiger Mühle, Rünigen, A. G. in Rünigen, während das Berliner Bankhaus Hardy u. Co. den Hildebrandt-Mühlen (Werke in Böllberg bei Halle und die Stadtmühlen in Halle vormals R. Jung) nahesteht. Andererseits haben die Disconto-Gesellschaft und die Commerz- und Privatbank Einfluß auf die Humboldtmühle und auf die Pinnau-Aktiengesellschaft für Mühlenbetrieb, Pinnau bei Wehlau, Königsberg Pr., während die Commerz- und Privatbank ihrerseits wieder Verbindungen mit der A. Prang in Gumbinnen unterhält. Hardy u. Co. beeinflussen auch stark die Berlin-Charlottenburger Großhandels-Gesellschaft neben der Darmstädter und Nationalbank, die wiederum zu den Schlesiern, Mühlenwerken, Breslau, Beziehungen hat. Die Schlesiern Mühlenwerke A. G., Schottwitz und Hartlieb, bei Breslau, ist ihrerseits wieder seit 1920 im Besitz der Odermühle Dschenzig u. Co. in Beuthen und der Landeshuter Mühlenwerke A. G. Seit 1923 steht sie in Interessengemeinschaft mit den Rosenthaler Mühlenwerken, G. m. b. H., und ist weiter seit 1922 einflußreich bei der Bischoffsmühle, G. m. b. H., Ottmachau, und an der Marienmühle, G. m. b. H., beteiligt. Die oben genannten Rüniger Mühle wiederum hat bekanntlich schon seit Jahren die Verschmelzung mit der Braunschweiger Roggenmühle A. G. in Lehnndorf durchgeführt.

Dieser Abriss zeigt die starke Gebundenheit zwischen den einzelnen Werken über das Bankkapital bzw. die Interessengemeinschaft. Eine umfassende Konzentration, die Grundlage wirklicher Rationalisierungsarbeit sein würde, ist demnach nicht unwahrscheinlich. Vielleicht dürfte man in den Konzentrationserscheinungen im Berliner Wirtschaftsgebiet das Kernstück einer Riesenzentration erblicken.

## Geschäftsergebnisse in der Brauindustrie.

Die Zeitperiode nach der Stabilisierung der deutschen Währung war für die Besitzer von deutschen Aktienpapieren eine herbe Enttäuschung. Von den gesamten deutschen Aktiengesellschaften blieben rund 75 Proz. für das Geschäftsjahr 1924 ohne Dividende. Vom Geschäftsjahr 1925 liegen noch lange nicht alle Abschlüsse vor. Dennoch ist schon jetzt festzustellen, daß mindestens die Hälfte ohne Ertrag bleiben. Selbst in den Fällen, wo Unternehmungen in der Lage gewesen wären, eine Dividende zu verteilen, zog man lieber eine Nichtverteilung vor, um das Unternehmen nicht von flüssigen Mitteln zu entblößen. Eine Ausnahme von alledem machten die Brauereien. Diese waren bereits für das Geschäftsjahr 1923-24 in den allermeisten Fällen in der Lage, Dividenden zu verteilen. Für das verlossene Geschäftsjahr ist festzustellen, daß die in den Dividenden zum Ausdruck kommenden Ertragsgrößen teilweise weit über die Ausschüttungen der Vorkriegszeit hinausgingen. Aus diesem Grunde sind auch die Aktienpapiere der Brauereien an den Börsen lange nicht in dem Maße gefallen, als die übrigen notierten Werte. Die Brauereier Aktien haben lange Zeit hindurch den höchsten Kurs gehalten und wurden erst in den letzten Wochen von einigen von der Börse emporgetragenen Papieren überflügelt. Die Aktionäre der Brauereien waren

also gegenüber ihren Kollegen der anderen Industrien erheblich im Vorteil.

Greifen wir einige der Abschlüsse heraus, die für das verfloßene Geschäftsjahr publiziert wurden, so kommen wir zu überraschenden Ergebnissen. Für das Geschäftsjahr 1924-25 verteilten Dividenden auf die Stammaktien:

Table with 2 columns: Company Name and Dividend Percentage. Includes entries like Schultheiß-Baehner, Ostwerke Aktiengesellschaft, and others.

Durchschnittsertrag der 42 Unternehmen 11,6 Proz.

Obige Liste ließe sich natürlich beliebig verlängern. Wir haben hier Unternehmungen aus allen Gegenden Deutschlands und, wie unsere Zusammenstellung zeigt, nicht nur die bestrentiertesten herangezogen.

Ferner muß bei diesem Ergebnis beachtet werden, daß der Ausstoß sich noch immer gegenüber der Vorkriegszeit in engen Grenzen hält. Er beträgt für das Geschäftsjahr 1924-25 44 346 262 Hektoliter gegenüber einem Vorkriegskontingent von 71,5 Millionen Hektoliter, allerdings für das frühere größere Deutschland.

Beachtung verdient noch die Art der Bilanzierung. Auch in den Bilanzen der Brauereien fehlen nicht die Klagen von den hohen Steuern und den sozialen Lasten.

Dagegenüber ist die Frage aufzuwerfen: wie stehen sich die Arbeiter bei derartigen Abschlüssen? Daß ihre soziale Lage auch nur annähernd mit den glänzenden Ergebnissen zu vergleichen ist, wird wohl niemand behaupten wollen.

\* 12 Proz. Dividende und auf je 20 Mk. Aktien eine Grosfontine.

Amts betrug der tarifmäßige Wochenlohn in den Brauereien für gelernte Arbeiter im Durchschnitt am Ende des verfloßenen Jahres 48,1 Mark, für ungelernete 42,2 Mark.

Wir haben vorstehend einen kleinen Ausschnitt aus der Wirtschaftlichkeit der Brauereien gegeben. Im allgemeinen haben die Brauereien gut verdient. Unseren Kollegen aber sollte diese Studie zum Nachdenken anregen, damit sie in der Organisationsarbeit nicht erlahmen und vor allem erkennen, daß gegenüber einer reichen Industrie nur eine gut gefestigte, finanziell und organisatorisch schlagfertige Gewerkschaft etwas auszurichten vermag.

Volksnot - Unterstützung - Pensionen.

In allen Parlamenten, Versammlungen usw. beschäftigt man sich heute mit der großen Not des Volkes, soweit es arbeitslos ist.

Mittel zur Unterstützung sind vorhanden, sie brauchen nicht immer aus der Steuereinnahme der übrigen Bevölkerung genommen werden.

Nach dem Etat des Deutschen Reiches beträgt der Pensionsetat 150 Millionen gegenüber 1913 von 146 Millionen. Der Militärpensionsetat allein 1350 Millionen.

Daselbe trifft zu von den fünf Reichskanzlern und einigen 100 Ministern und Staatssekretären, außer denen der einzelnen Bundesstaaten, wo auch noch einige Hundert in Frage kommen dürften.

Es müßte hier konsequent durchgeführt werden, daß derjenige, welcher noch Nebeneinkommen hat, keine Pension bezieht.

Ist es nicht ein Skandal, wenn einige Herren je 20 000 Mark vom Staat Pension beziehen, um denselben Staat bekämpfen zu können und nebenbei auch noch durch irgendwelche Beschäftigung soviel erhalten, und Millionen Arbeitslose hungern verhungern?!

Bei der Fürstenabfindung ist es noch schlimmer; trotzdem alle außerordentliche Einkommen haben, sollen ihnen nochmals über 2½ Milliarden nachgeworfen werden.

Hier könnten Milliarden gespart werden, die zur Unterstützung der Arbeitslosen und Altpensionäre verwendet werden können.

Ferner müßte in allen Verwaltungen mehr Sparsamkeit geübt werden; wenn wir ein verarmtes Volk sind, wie immer behauptet wird, dann darf auch nicht ein derartiger Aufwand getrieben werden.

Wir können uns den Luxus derartiger kostspieliger Verwaltungen nicht leisten. Augenblicklich wird überall die Frage der Vereinigten Staaten Europas diskutiert, um Europa nicht untergehen zu lassen, sondern wirtschaftlich wieder zu heben.

Wenn das schon eingesehen wird, warum räumt man dann nicht erst im engeren Vaterland mit solchem noch kleineren Zwergsystem auf? Wozu brauchen wir als kleines Deutschland noch die vielen Zwergstaaten?

Es müßte in der Zeit der Arbeitslosigkeit jedes Doppelverdienens streng verboten sein. Leider gibt es aber auch sehr viele pensionierte Beamte oder auf Ruhegehalt gestellte, die nebenbei noch die Stelle eines Arbeitslosen belegen, ob als Arbeiter oder Angestellter, Reisender oder Heimarbeiter.

Zuletzt sei zugegeben, daß auch unter den Arbeitslosenunterstützungsempfängern welche sind, die noch nebenbei verdienen, aber kann man es denen verbieten, wenn man, wie oben gezeigt, nicht anders durchgreift???

Nun zur Arbeitslosenversicherung, oder besser gesagt zur Arbeiterversicherung selbst. Bisher wird hier gesprochen und geschrieben und wie wenig praktische Arbeit geleistet.

Könnte da nicht eine Vereinfachung Platz greifen, um Verwaltungskosten zu sparen und den Arbeiter zu seinem schnellem Recht zu verhelfen? Die ganzen Versicherungen müßten zusammengeschlossen werden in eine Erwerbslosenversicherung für alle Arbeitnehmer, die gegen Lohn oder Gehalt arbeiten müssen.

Das wäre die beste Erwerbslosenversicherung. Was könnte da im Verhältnis zu der jetzigen Zersplitterung geleistet werden, bei bedeutend niederen Beiträgen. Die Beiträge, welche heute den Arbeitern und Angestellten abgezogen werden, sind ja im Verhältnis sehr hoch und steigen immer mehr, und wie schwer ist es, bis der wirklich Bedürftige dann seine oftmals kleine Unterstützung erhält?

Vereinheitlichung aller Versicherungszweige in ein Institut, das allerdings auch nach Beitrags- und Leistungsklassen eingeteilt werden muß. Was ist jetzt oft für ein Streit zwischen Krankenkassen, Invaliden- und Unfallversicherung über die Behandlung bei Unfall oder Invalidität, Heilbehandlung, Ersatz für Heilmittel u. dgl., bis der wirklich Bedürftige zu seinem Recht kommt.

Eine Zentralisierung auf diesem Gebiet müßte selbstverständlich mit allen kleinen Hilfs- und Betriebskassen aufzuräumen, denn nur durch Zusammenfassung aller Versicherungspflichtigen in eine Kasse könnte das Ideal der Vereinfachung der Verwaltungskosten im Interesse der Versicherten erreicht werden.

Es ist viel versäumt worden seit dem Zusammenbruch, es konnte bei geschlossenem Auftreten der Arbeitervertreter manches durchgeführt werden, wenn mehr praktische Arbeit geleistet worden wäre, anstatt sich immer um graue Theorien zu streiten. Die Einstellung zum Gegenwartsstaat muß gegenüber der Vorkriegszeit eine andere werden, damit die Arbeiterschaft auch Gegenleistung erhält.

Abstinenz und Wohlstandsindex.

Die neue Offenheit, die die Abstinenz eingeleitet haben, um die Trockenlegung Deutschlands zu erzwingen, wird vor allem dadurch gekennzeichnet, daß neben einer Anzahl von neuen Täuschungsmanövern auch alte, bereits mehrere Male widerlegte Nachrichten in großer Zahl in die Öffentlichkeit getragen werden.

Eine „Stehbürgensente“ ist hier die „sachverständige“ Auslegung des Dawes-Programms. Man scheint dabei selbst vor lausiblen Lügen nicht zurück, um die Kreise der Bevölkerung, die das Dawes-Gutachten nicht genau kennen können, für sich zu gewinnen. Das deutsche Volk, so lest man bei den Abstinenzanten immer wieder, gebe jährlich nicht weniger als 3000 Millionen Goldmark für alkoholische Getränke aus, was vor allen Dingen deshalb bedauerlich sei, weil sich die nach dem Dawes-Programm zu leistenden jährlichen Zahlungen in ihrer Höhe angeblich nach dem Verbrauch von Alkohol und Nikotin bestimmen.

- a) der Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr zusammengenommen,
b) den Einnahmen und Ausgaben des gesamten Staatshaushaltes zusammengekommen, einschließlich derjenigen der Länder Preußen, Sachsen und Bayern (jedoch abzüglich derjenigen Summen auf beiden Seiten, die auf Grund des Berliner Vertrages jährlich zu zahlen sind),
c) dem Eisenbahnverkehr, statistisch festgestellt nach der beförderten Gewichtsmenge,
d) dem Gesamtgewicht des Verbrauches an Zucker, Tabak, Bier und Alkohol in Deutschland (nach den Preisen festgelegt, die der Verbraucher tatsächlich gezahlt hat),
e) der Gesamtbevölkerung Deutschlands, berechnet nach den letzten verfügbaren Volkszählungsdaten, Geburts- und Todesstatistiken und Auswandererlisten,
f) dem Verbrauch an Kohle (und Braunkohle, umgerechnet in Steinkohlenwert) pro Kopf.

Die einzelnen Faktoren der Komponente d) ergänzen sich untereinander. Das heißt, nimmt beispielsweise der Verbrauch an Alkohol ab, so erfährt der Zucker- oder Tabakkonsum eine Erhöhung, so daß Schwankungen der einzelnen Faktoren im Regelfall die Höhe der Komponente nicht beeinflussen, diese vielmehr die gleiche bleibt. Aber auch selbst angenommen, die Komponente d) würde eine Erhöhung erfahren, so besagt dies allein überhaupt nichts. Denn es ist selbstverständlich, daß, wenn allgemein die Lebenshaltung des Volkes auf der gleichen Höhe bleibt, der Wohl-



